



Kanton Zürich
Volkswirtschaftsdirektion
Amt für Wirtschaft

Trendanalyse Standort Kanton Zürich

Diskussionsgrundlage
für den Fokus Standort 2025

Impressum

Trendanalyse Standort Kanton Zürich

Schlussbericht

Zürich, 11. November 2024
Trendanalyse Standort Zürich

Auftraggeber

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich

Projektleitung

Luc Zobrist, Kanton Zürich
Valérie Müller, Kanton Zürich
Markus Müller, Kanton Zürich
Samuel Mösle, Kanton Zürich

Autorinnen und Autoren

Romina Weber, Martin Eichler, Luca Apreda, Thomas von Stokar
INFRAS, Binzstrasse 23, 8045 Zürich
Tel. +41 44 205 95 95, info@infras.ch

Gruppe der Expertinnen und Experten

Jean-Philippe Kohl, Swissmem
Sonja Wollkopf, Greater Zürich Area
Christian Bretscher, Zürcher Bankenverband
Jan-Egbert Sturm, ETH
Wilhelm Natrup, Kanton Zürich
Lukas Schmid, Avenir Suisse
Karin Frick, GDI
Anna-Marleen Plume, Staatskanzlei Kanton Zürich
Claudio Zihlman, Zürcher Handelskammern
Katarina Bertschi, ETH
Dario Fauceglia, ZHAW
Michael Grampp, Deloitte
Ronald Indergand, SECO

Fotografie

Nora Dal Cero, Zürich

Gestaltung

Nora Vögeli Grafik Design, Zürich

Druckproduktion

DT Druckteam, Wetzikon

Inhalt

Kurzfassung	2
1. Einleitung	4
1.1. Ausgangslage	6
1.2. Methodik	6
1.3. Sieben Trends am Wirtschaftsstandort Kanton Zürich	7
2. Bewertung der sieben Trends	12
3. Folgen der Trends und mögliche Handlungsoptionen	18
3.1. Die Digitalisierung geht weiter, insbesondere mit KI-Anwendungen	20
3.2. Bevölkerungswachstum und Alterung halten an	22
3.3. Die Regulierungsdichte nimmt zu	24
3.4. Verhältnis Schweiz – EU bleibt mit Unsicherheiten belastet	26
Literaturverzeichnis	28
Anhang	30
Methodik	31
Bewertung der Trends im Detail	32
Weitere Handlungsoptionen	33

Welche Trends und Herausforderungen kommen in den nächsten 10 bis 20 Jahren auf den Wirtschaftsstandort Zürich zu? Und welche möglichen Handlungsoptionen ergeben sich daraus? Diesen Fragen stellten sich Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft.

Sieben wesentliche Trends für den Wirtschaftsstandort Zürich:

- **Klimawandel:** Der Klimawandel erfordert Massnahmen, deren Umsetzung wird zur grossen Herausforderung.
- **Digitalisierung:** Die Digitalisierung geht weiter, insbesondere mit KI-Anwendungen.
- **Geopolitik:** Die Geopolitik ist und bleibt unvorhersehbar und wird wieder durch Grosskonflikte geprägt.
- **Verhältnis Schweiz-EU:** Das Verhältnis der Schweiz mit der EU bleibt ein Schwieriges.
- **Demografie:** Das Bevölkerungswachstum und die Alterung fordern Gesellschaft und Wirtschaft.
- **Regulierungsdichte:** Die Regulierungsdichte nimmt zu, womit der administrative Aufwand steigt.
- **Standortwettbewerb:** Der Standortwettbewerb wandelt sich vom Steuer- zum Subventionswettbewerb. Industriepolitik und Protektionismus gewinnen an Bedeutung.

Aus diesen sieben Trends wurden vier als von den Expertinnen und Experten besonders relevant für den Kanton Zürich betrachtet und in Form eines Workshops vertieft:

Digitalisierung

Die fortschreitende Digitalisierung prägt die Wirtschaftsstruktur des Kantons: So hat sich beispielsweise der Anteil der Branche «Information und Kommunikation» am BIP in den letzten 30 Jahren verdoppelt. Dies zeigt sich auch darin, dass 2017 bis 2021 jede vierte Gründung eines Unternehmens im Bereich Information und Kommunikation in der Schweiz im Kanton Zürich erfolgte. Gemäss Expertinnen und Experten wird die Digitalisierung einerseits den Arbeitsmarkt und insbesondere die Kompetenzanforderungen an die Erwerbstätigen verändern. Andererseits hat sie einen Einfluss auf die Produktionsprozesse, was sich insbesondere durch erhöhte (Arbeits-) Produktivität und veränderte Geschäftsmodelle ausdrückt.

Demografie

Gemäss den aktuellen Bevölkerungsprognosen des Kantons Zürich wird die Bevölkerungszahl zwischen 2022 und 2050 um rund 27% wachsen. Trotz Zuwanderung von jungen Menschen aus dem Ausland werden das Durchschnittsalter und der Altersquotient der Bevölkerung ansteigen. Allerdings ist das hohe Bevölkerungswachstum nicht in Stein gemeisselt, nicht zuletzt weil das Arbeitskräfteangebot in den Nachbarländern schrumpft und die Geburtenrate in den letzten Jahren hierzulande deutlich zurückgegangen ist. Setzt sich letzteres fort, hat das vor allem Folgen für den Arbeitsmarkt. Die Zahl der altersbedingten Austritte aus dem Arbeitsmarkt wird dann die Zahl der Eintritte noch stärker übertreffen.

Das Bevölkerungswachstum wird laut den Expertinnen und Experten das gesellschaftliche Zusammenleben erheblich beeinflussen: mit einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und mit zunehmenden Konflikten bei der Flächennutzung und auf dem Wohnungsmarkt. Die Folgen der Alterung sind vielfältig und betreffen unter anderem Nachfrageveränderungen und den Arbeitsmarkt, wo sich der Arbeitskräftemangel noch akzentuieren dürfte.

Regulierungsdichte

In den meisten Kantonen hat die Regulierungsaktivität, gemessen an der Anzahl geänderter Erlasse oder der Seiten, auf denen diese festgehalten sind, in den letzten 100 Jahren zugenommen. Der Kanton Zürich liegt bei der Zunahme etwa im Durchschnitt der Kantone. Laut Umfragen spüren über die Hälfte der Unternehmen die Belastung durch mehr Regulierungen.

Als Folge der steigenden Regulierungsdichte erwarten die Expertinnen und Experten steigende Kosten für die Unternehmen. Ihnen zufolge schränkt sie zudem die Marktdynamik und den Wettbewerb ein, hemmen die Innovationskraft und Produktivität und fördern Marktkonzentration. Aus ihrer Sicht sind vor allem ein hohes Bewusstsein für die Problematik (z.B. mittels Regulierungsfolgeabschätzungen) relevant.

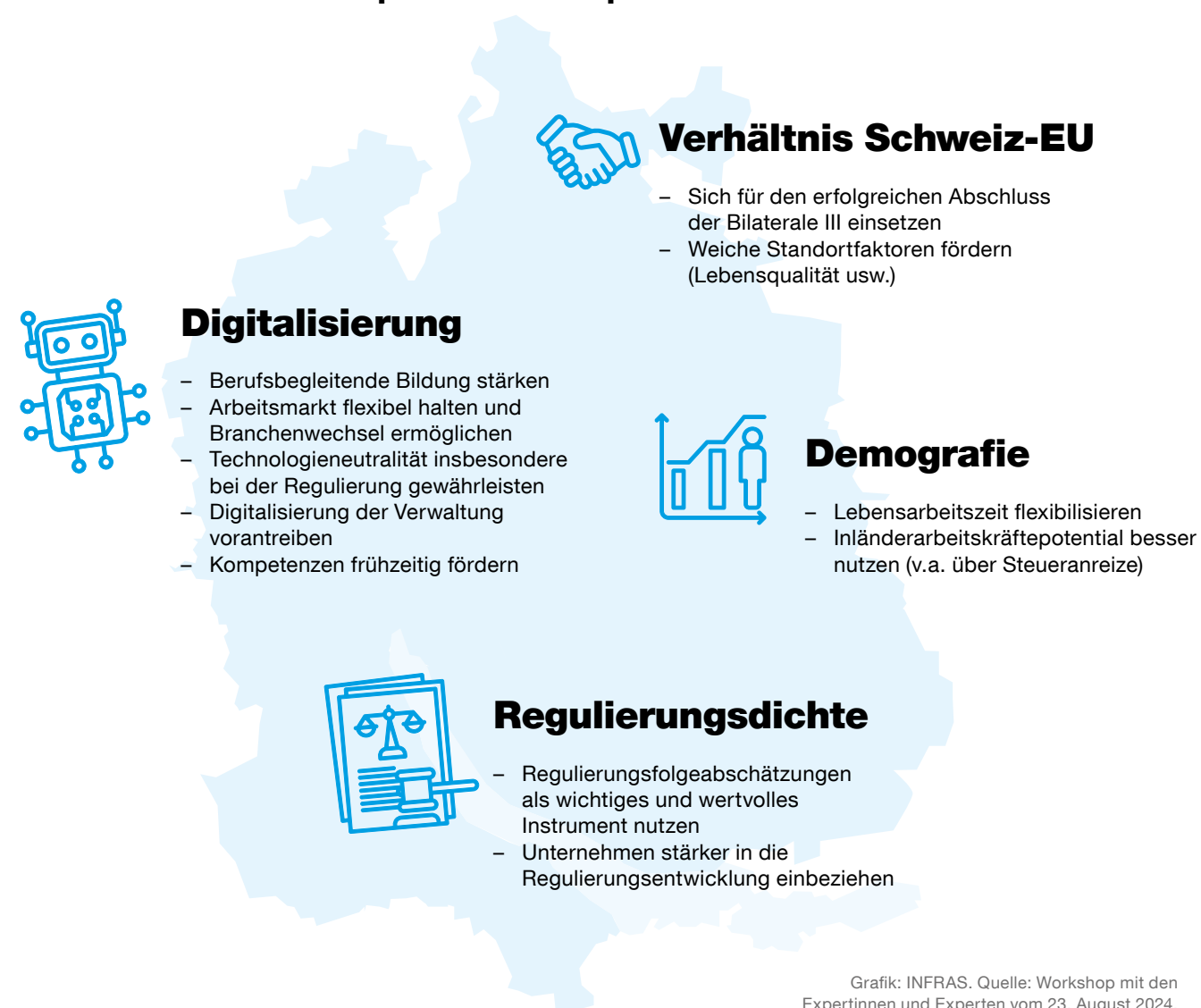
Verhältnis EU-CH

Die Schweiz ist stark in den Europäischen Binnenmarkt integriert. 2023 gingen rund die Hälfte der Schweizer Warenexporte in die EU, 70% der Warenimporte hatte die Schweiz aus der EU eingeführt. Vor allem für den Kanton Zürich sind neben den Warenexporten auch die Dienstleistungsexporte bedeutend (u.a. ICT, Finanzwirtschaft). Mit 39% ging auch bei den Dienstleistungsexporten der Schweiz ein substantieller Teil in die EU. Die anhaltende Unsicherheit im Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU hat aus Sicht der Expertinnen und Experten weitreichende Konsequenzen. Sie könnte Ansiedlungen verhindern, mit

Einschränkungen in der Personenfreizügigkeit den Fachkräftemangel verstärken und Handelshemmnisse vergrössern. Von grosser Bedeutung ist auch die Einbindung in die Europäische Forschungslandschaft, um Innovationskraft und die internationale Attraktivität des Forschungsstandorts Zürich zu erhalten. Insgesamt vermindert die Unsicherheit die Standortattraktivität des Kantons Zürich (und generell der Schweiz). Einzelne Experten und Expertinnen erkennen aber auch neue Chancen, indem sich die Schweiz als neutraler Ort ausserhalb der grossen Machtblöcke und Wirtschaftsbündnisse positionieren und damit insbesondere für asiatische Unternehmen attraktiver wird.

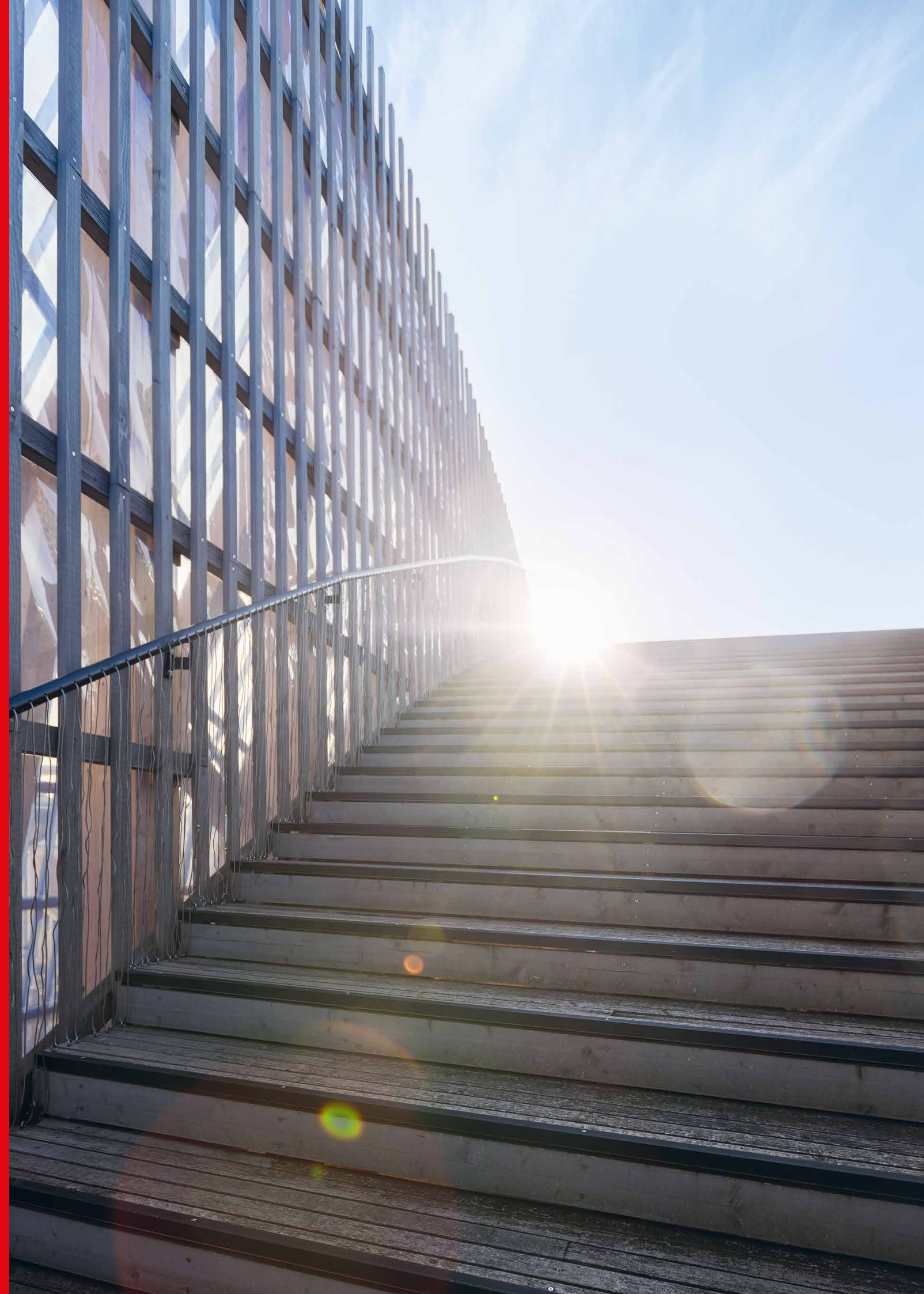
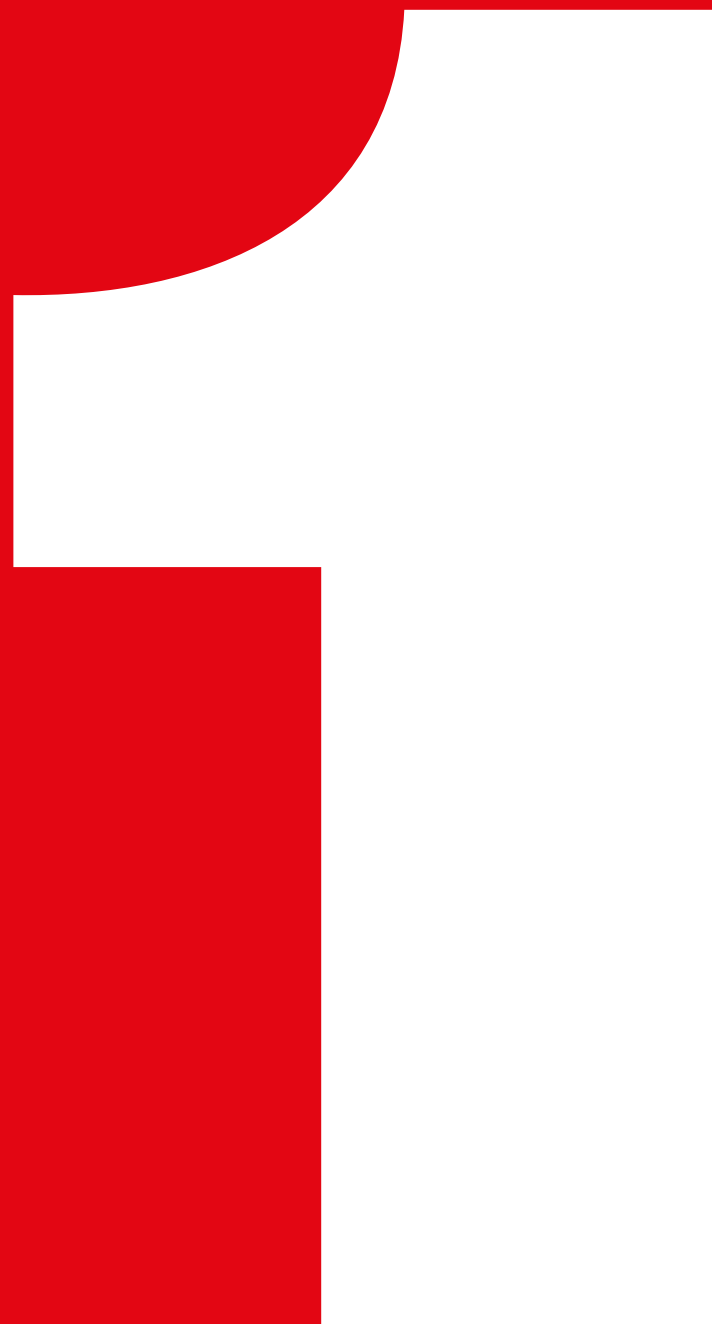
Abbildung 1:

Wichtigste Handlungsoptionen aus Sicht der Expertinnen und Experten



Grafik: INFRAS. Quelle: Workshop mit den Expertinnen und Experten vom 23. August 2024.

Einleitung



1.1. Ausgangslage

Anfangs 2024 hat die Volkswirtschaftsdirektion eine Standortanalyse erstellt, die den Kanton Zürich in verschiedenen Standortfaktoren mit konkurrierenden europäischen Wirtschaftsregionen vergleicht (Kanton Zürich 2024a). Der Kanton Zürich schneidet in der Bildung, der Wirtschaftsleistung und der Lebensqualität überdurchschnittlich gut ab, weist jedoch Optimierungspotential in der Forschung, der Innovation, den Steuern und der Regulierung auf.

Ergänzend führte die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich (VD) in Zusammenarbeit mit INFRAS eine Trendanalyse durch, um besser zu verstehen, welche Herausforderungen auf den Kanton

Zürich zukommen. Der Fokus liegt auf Trends, welche die Volkswirtschaft und die Standortqualität des Kantons Zürich mittel- und langfristig, d.h. in den nächsten 10 bis 20 Jahren, massgeblich beeinflussen. Im Vordergrund stehen die Auswirkungen ausgewählter Trends auf die Zürcher Wirtschaft insgesamt sowie deren Einfluss auf die Attraktivität des Kantons Zürich als Wirtschaftsstandort. Es werden zudem Handlungsoptionen abgeleitet, die dem Kanton Möglichkeiten bieten auf die Trends erfolgsversprechend zu reagieren, d.h. um sich bietende Chancen zu nutzen und mögliche Risiken abzuwehren.

1.2. Methodik

Die Trendanalyse wurde in mehreren Schritten unter Einbezug einer Gruppe von Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft erarbeitet. Zunächst identifizierten die VD und INFRAS auf Basis einer Literaturanalyse relevante Trends und priorisierten in einem internen Workshop sieben Trends für die weitere Diskussion.

Anschliessend bewerteten die Expertinnen und Experten diese Trends in einer Online-Befragung anhand der Kriterien Relevanz, Veränderung, Unsicherheit und relative Bedeutung im Vergleich zu Konkurrenzstandorten. Zusätzlich umrissen sie die wesentlichen Folgen der Trends für die Zürcher Volkswirtschaft und die Standortqualität des Kantons Zürich.

Die Ergebnisse der Online-Befragung ergänzt um Erkenntnisse aus einer Dokumentenanalyse dienten als Grundlage für einen Workshop mit den befragten Expertinnen und Experten im August 2024. Dort wurden die Folgen der vier als besonders relevant bewerteten Trends (vgl. Kapitel 3) im World-Café-Format diskutiert und mögliche Handlungsoptionen erarbeitet und bewertet.

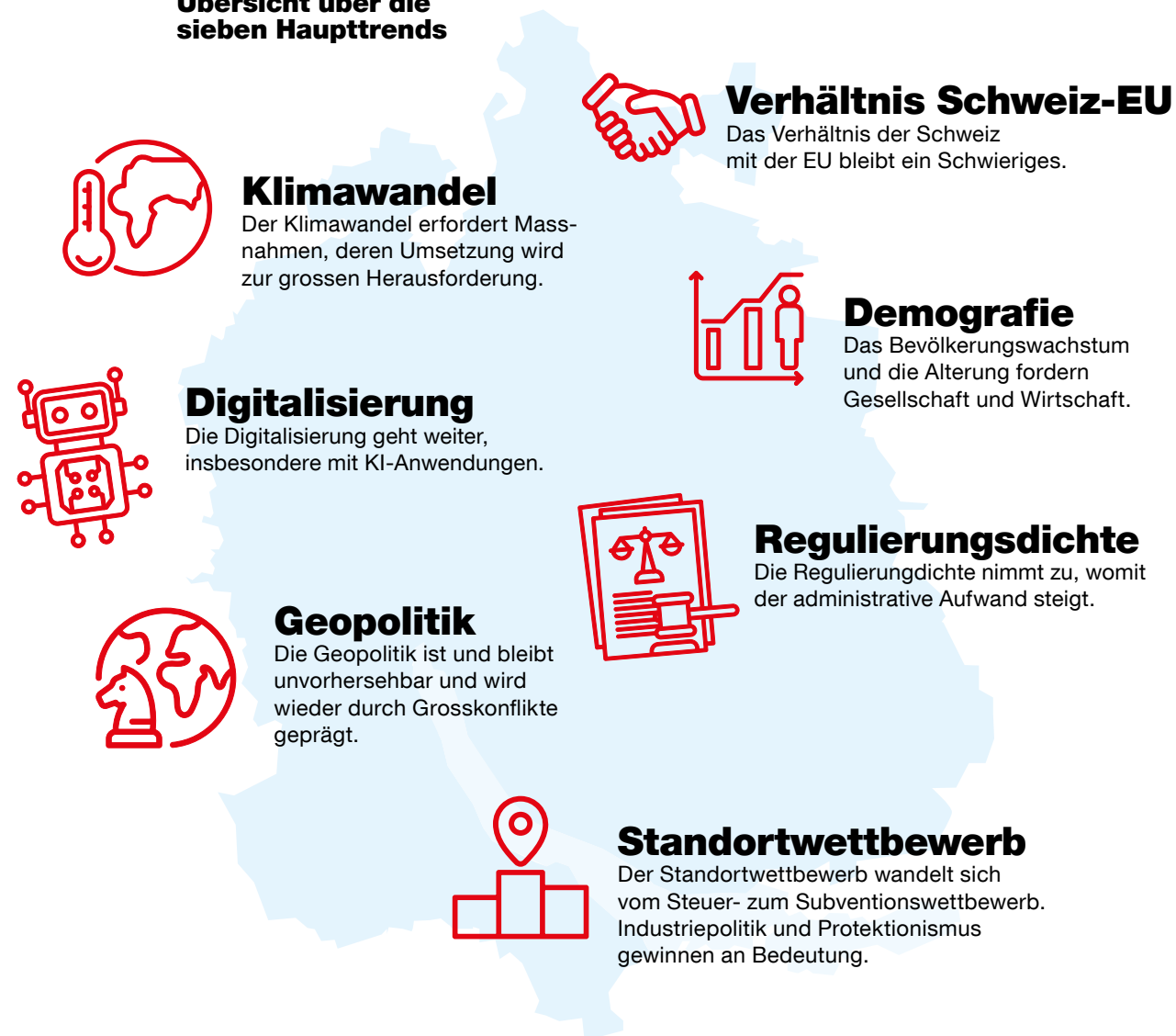
1.3. Sieben Trends am Wirtschaftsstandort Zürich

Die nachfolgend diskutierten sieben Trends (vgl. Abbildung 2) werden einen wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Zürich in den nächsten 10 bis 20 Jahren ausüben.¹

Insbesondere können diese Trends substantziellen Einfluss auf die Positionierung des Wirtschaftsstandorts Zürich im nationalen wie internationalen Wettbewerb nehmen.

Abbildung 2:

Übersicht über die sieben Haupttrends



Grafik: INFRAS.

¹ Zahlreiche Studien befassen sich mit aktuellen Trends (Vgl. dazu u.a. ROR 2019, Zukunftsinstitut 2024, INFRAS 2022, VBW 2024 und Kruse et al. 2022). Auf Basis der Literatur und eigenen Einschätzungen aus Sicht der VD und INFRAS wurden diese sieben Trends identifiziert und priorisiert.

Klimawandel: Der Klimawandel erfordert Massnahmen, deren Umsetzung wird zur grossen Herausforderung.

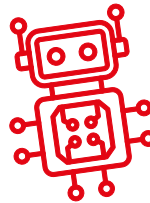


Der Planet erwärmt sich: Das Jahrzehnt 2011–2020 war global 1.1°C wärmer als der vorindustrielle Durchschnitt (1850–1900, MeteoSchweiz 2024). Ohne signifikante globale Massnahmen drohen drastische Auswirkungen auf Menschen und Umwelt. Die Klimastrategie des Kantons Zürich legt fest, dass der Kanton Zürich bis 2040 (spätestens aber 2050) klimaneutral werden soll (Kanton Zürich 2024b).

Dafür sind umfassende Transitionen notwendig (Energiewende, Verkehrswende, etc.). Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen erfordern in erheblichen Teilen der Wirtschaft grosse Veränderungen und Investitionen. Diese Massnahmen verursachen Kosten, bieten aber auch

Wachstumsmöglichkeiten durch Innovation und neue entstehende Branchen und Märkte (McKinsey & Company 2022). Weiter erhöhen steigende Extremwetterschäden die Kosten für Infrastruktureparaturen und -anpassungen (EBP 2023, Swiss Economics 2019). Neben den direkten Klimaschäden und Anpassungskosten sind auch die indirekten Effekte weltweiter wirtschaftlicher Einbussen durch den Klimawandel relevant (Benzie et al. 2016, INFRAS et al. 2020). Auswirkungen des Klimawandels können ausländische Lieferanten treffen und so die Produktion im Kanton Zürich beeinflussen. Ebenso können Finanzinstitute erhöhten finanziellen Risiken ausgesetzt sein (Finma 2021).

Digitalisierung: Die Digitalisierung geht weiter, insbesondere mit KI-Anwendungen.



Die Digitalisierung verändert Produktions- und Arbeitsprozesse in nahezu allen Branchen und ermöglicht Produktivitätssteigerungen und neue Geschäftsmodelle. Die zunehmende Vernetzung und Datenproduktion erlauben neue Anwendungen in Big Data und künstlicher Intelligenz (KI), die auch mittel- und höherqualifizierte Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich ersetzen können (AMOSA 2023). Zugleich beeinflusst die Digitalisierung den Wettbewerb. Natürliche Monopole gewinnen durch hohe Anfangsinvestitionen und Netzwerkeffekte an Bedeutung, gleichzeitig verschärft sich der internationale Wettbewerb in vielen Märkten, da digitale Produkte praktisch kostenfrei von überall auf der Welt bereitgestellt werden können. Die Schweiz belegt im Digital Competitiveness Ranking 2023 Platz fünf (IMD 2024) und steht

somit an der vorderen Front der digitalen Entwicklung und Durchdringung der Wirtschaft. Im Kanton Zürich werden 2017–2021 etwa 25% der Schweizer Unternehmen im Bereich «Information und Kommunikation» gegründet (Kanton Zürich 2024c), zudem hat sich der Anteil der Branche am Zürcher BIP in den letzten 30 Jahren mehr als verdoppelt (BAK Economics 2024). Auch das vergleichsweise stärkste Beschäftigungswachstum in der Kategorie «Spitzentechnologie nutzende Dienstleistungen»² zeigt die zentrale Rolle der Digitalisierung (AMOSA 2023). Als Konsequenz des Trends steigt die Nachfrage nach digitalen Kompetenzen und IT-Fachkräften. Investitionen in die digitale Infrastruktur wie z.B. Rechenzentren werden immer wichtiger.

² In diese Kategorie gehören mit den Informations- und Kommunikationsdienstleistungen direkt die Digitalisierung betreffende Aktivitäten, aber auch andere hierzu gehörende Dienstleistungen sind stark von der Digitalisierung betroffen.

Geopolitik: Die Geopolitik ist und bleibt unvorhersehbar und wird wieder durch Grosskonflikte geprägt.



Geopolitische Entwicklungen sind für die Schweizer Wirtschaft aufgrund der starken Exportorientierung und Abhängigkeiten von globalen Märkten sehr relevant. Zunehmende geopolitische Spannungen (u.a. Systemkonkurrenz China/USA oder Konflikte in Osteuropa und dem Nahen Osten) setzen das Erfolgsmodell der Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft unter Druck: Für die Wirtschaft relevante Handelsbarrieren, Zölle und Sanktionen könnten zunehmen. Eine Umfrage aus 2022 zeigt, dass über die Hälfte der befragten Schweizer Unternehmen die geopolitischen Risiken als (sehr) hoch einschätzen (swissVR, Deloitte und HSLU 2022).

Geopolitische Spannungen beeinträchtigen Lieferketten, Rohstoffe und Energie werden schlechter verfügbar und teurer (swissVR, Deloitte und HSLU 2022). Als Konsequenz nehmen «Friends-

horing», «Nearshoring» und «Reshoring» zu: Unternehmen verlagern die Produktion näher an Heimatmärkte oder in politisch verbundene Länder, um Risiken zu minimieren. Die Bedeutung resilienter Lieferketten nimmt gegenüber Kostenüberlegungen zu (MSCI 2023). Dies kann die internationale Arbeitsteilung verändern und Auswirkungen auf die Exporte und Importe der Schweiz haben. Als globales Finanzzentrum könnte der Kanton Zürich zudem von Kapitalabflüssen durch potenzielle Sanktionen betroffen sein (BCG 2023). Anpassungs- und Vorsorgemassnahmen erfordern erhebliche Mittel beim Staat (Notvorrat, Sicherheitsmassnahmen), aber auch direkt in der Wirtschaft (Diversifizierung der Beschaffungs- und Absatzmärkte, Lagerhaltung).

Verhältnis Schweiz-EU: Das Verhältnis der Schweiz mit der EU bleibt ein Schwieriges.



Im Frühjahr 2021 brach der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen ab, was zu Unsicherheiten über die künftige Einbindung der Schweiz in die EU führte. Im März 2024 wurden die Gespräche wieder aufgenommen, jedoch bleibt das Verhältnis weiterhin teilweise unreguliert.

Die EU ist ein zentraler Handelspartner der Schweiz: 2023 gingen etwa 50 % der Schweizer Warenexporte in die EU, während 70 % der Importe aus der EU stammten (EDA 2024). Obwohl der Anteil in den vergangenen Jahren abgenommen hat, bleibt die EU der dominante Handelspartner der Schweiz. In einer zunehmend protektionistischen Welt könnte die Bedeutung zukünftig auch wieder wachsen. Die Teilnahme der Schweiz am europäischen Binnenmarkt und die Personenfreizügigkeit sind zentral für die Zürcher Wirtschaft. Dabei sind neben den Warenexporten für den Kanton Zürich insbesondere auch die Dienstleistungsexporte be-

deutend (u.a. ICT, Finanzwirtschaft): 2021 gingen 39% aller Dienstleistungsexporte der Schweiz in die EU (SECO 2022).

Das unsichere Verhältnis könnte Ansiedlungen verhindern, Abwanderungen begünstigen und zu rückläufigen Investitionen im Kanton Zürich führen. Einschränkungen in der Personenfreizügigkeit könnten den Arbeitskräftemangel weiter verstärken und das Wachstum von Unternehmen behindern. Ohne geregeltes Verhältnis können bestehende Handelshemmnisse nicht überwunden werden und zusätzliche entstehen, etwa falls Abkommen auslaufen (GTAI 2024). Von grosser Bedeutung ist auch die Einbindung in die Europäische Forschungslandschaft (u.a. Horizon Europe oder Erasmus). Ein Ausschluss könnte langfristig die Innovationskraft und die internationale Attraktivität des Forschungsstandorts Zürich beeinträchtigen und damit einen der wesentlichen Standortvorteile des Kantons Zürichs schwächen.

Demografie: Das Bevölkerungswachstum und Alterung fordern Gesellschaft und Wirtschaft.

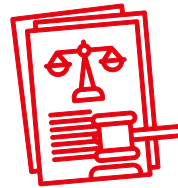


Hier spielen mehrere interagierende Entwicklungen eine wesentliche Rolle: das Bevölkerungswachstum, die Zuwanderung und die Alterung. Prognosen erwarten bis 2050 ein im Vergleich zu anderen Kantonen überdurchschnittliches Wachstum von rund 27%, wodurch die Bevölkerung knapp 2 Millionen erreichen wird. Treiber dafür sind unter anderem Wanderungsgewinne aus dem Ausland (Kanton Zürich 2023). Weiter wird angenommen, dass die Lebenserwartung weiter zunimmt und das Durchschnittsalter der Bevölkerung ansteigt, trotz Zuwanderung von jungen Menschen. Der Altersquotient³ wird bis 2050 von 27% auf 36% steigen (Kanton Zürich 2023). Die tiefe Geburtenrate der vergangenen Jahre dürfte die Alterung zusätzlich vorantreiben.

Der demographische Wandel hat weitreichende Auswirkungen auf die Zürcher Wirtschaft und

den Arbeitsmarkt (Kanton Zürich 2024e). Einerseits dürfte sich der bereits bestehende Fach- und Arbeitskräftemangel in gewissen Branchen verschärfen (AMOS 2023). Gleichzeitig steigt aufgrund der Alterung die Nachfrage nach Alterspflege und -betreuung stark und die Gesundheitskosten (Behandlungen und Pflege) nehmen weiter zu. Dies könnte dadurch verschärft werden, dass auch das angrenzende Ausland altert und daher eine Rekrutierung im Ausland schwieriger werden dürfte (Buchmann 2024, Kanton Zürich 2024e). Ausserdem belastet die Alterung der Bevölkerung die Altersvorsorge (INFRAS 2022). Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass sich der demographische Wandel negativ auf das Wirtschaftswachstum und die Arbeitsproduktivität auswirken kann (Föllmi et al. 2019, Hu et al. 2020, Hauser et al. 2020).

Regulierungsdichte: Die Regulierungsdichte nimmt zu, wodurch der administrative Aufwand steigt.



Die Regulierungsaktivität⁴ hat in den meisten Kantonen zugenommen, der Kanton Zürich liegt etwa im Durchschnitt (Lüchinger und Schelker 2015). Laut einer Umfrage der Credit Suisse erleben über die Hälfte der Unternehmen mehr Regulierungen, wobei Grossunternehmen stärker betroffen scheinen als KMU (Credit Suisse 2023). Die Kritik an der zunehmenden Regulierung ist weder neu noch exklusiv für die Schweiz (Milic und Widmer 2021). International steht die Schweiz gemäss «Burden of Government Regulation»-Index des WEF relativ gut da (WEF 2020).⁵

Jede Regulierung bietet einen Nutzen (u.a. Schaffung rechtlicher Rahmen und Rechtssicherheit, Schaffung Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb und weniger Marktversagen).

Gleichzeitig führt jede Regulierung zu einem administrativen Aufwand, der individuell betrachtet meist beherrschbar erscheint. Erst aggregiert über sämtliche Regulierungen entsteht ein grösserer Kostendruck durch den wachsenden Anteil «unproduktiver» Tätigkeiten. Laut Bürokratiemonitor des SECO schätzen rund die Hälfte der Unternehmen die administrative Belastung als (eher) hoch ein. Die Mehrheit sieht eine Zunahme der Belastung seit 2018 (SECO 2023). Die zunehmende Regulierungsdichte und -komplexität kann Wettbewerbsdynamik und das Produktivitätswachstum negativ beeinflussen, da sie die Kosten für die Unternehmen erhöht und den Marktzugang für neue Unternehmen erschweren kann (SECO 2019).

Standortwettbewerb: Der Standortwettbewerb wandelt sich vom Steuer- zum Subventionswettbewerb. Industriepolitik und Protektionismus gewinnen an Bedeutung.



Der Standortwettbewerb wandelt sich: Mit der Einführung der OECD-Mindeststeuer verlieren tiefe Unternehmenssteuern an Bedeutung (Kanton Zürich 2024a), während Subventionen, Industriepolitik und protektionistische Massnahmen wichtiger werden (KPMG 2024). Als kleine, offene Volkswirtschaft mit weitgehend liberalem Wirtschaftssystem steht die Schweiz in diesem Wettbewerb vor Herausforderungen.

Wie stark diese Entwicklungen die Zürcher Wirtschaft künftig beeinflussen, bleibt noch diffus. Allerdings sind bereits heute in der Diskussion rund um Ansiedlungsentscheidungen erste Auswirkungen spürbar.

³ Verhältnis der über 65-Jährigen zu den 20-64-Jährigen

⁴ Gemessen an der Anzahl geänderter Erlasse und Seiten in den letzten 100 Jahren.

⁵ Auf internationaler Ebene werden ebenfalls Indizes zur Regulierungsdichte erhoben. Diese Metriken erlauben einen Vergleich über verschiedene Länder hinweg. Im «Burden of Government Regulation»-Index des WEF lag die Schweiz 2019 beispielsweise auf dem achten Platz von 141 Ländern (WEF 2020).

Trends

Bewertung der
sieben Trends



2.0.

Bewertung der sieben Trends

Die Expertinnen und Experten haben – mit dem Wissensstand vom August 2024 – die sieben Trends in einer Online-Befragung hinsichtlich der Entwicklung der Zürcher Wirtschaft in den nächsten 10 bis 20 Jahren und der Standortattraktivität des Kantons Zürich anhand von vier Kriterien auf einer 10er-Skala bewertet:

- **Relevanz:** Wie relevant ist der Trend für die Entwicklung der Zürcher Wirtschaft (absolut gesehen im Vergleich mit anderen Trends)?
- **Veränderung:** Wie stark verändert der Trend die Situation im Kanton Zürich gegenüber heute?
- **Unsicherheit:** Wie gross ist die Unsicherheit bezüglich der Entwicklung des Trends und seiner Auswirkungen?
- **Relative Bedeutung im Vergleich zu Konkurrenzstandorten:** Wie hoch ist die relative Bedeutung dieses Trends für den Kanton Zürich im Vergleich zu Konkurrenzstandorten bzw. ist Zürich stärker oder weniger stark als Konkurrenzstandorte von diesem Trend betroffen?

Die folgenden Abbildungen stellen die mittleren Einschätzungen der Expertinnen und Experten im August 2024 grafisch dar (für detaillierte Ergebnisse, vgl. Anhang). Es ist dabei festzustellen, dass die Einschätzungen der verschiedenen Expertinnen und Experten in vielen Fällen nicht einheitlich ausfallen (Standardabweichung typischerweise rund 2 Punkte).

Relevanz der Trends

Alle sieben Trends werden von den Expertinnen und Experten als relevant für den Standort Kanton Zürich eingeschätzt: Der Mittelwert der Einschätzungen liegt für alle Trends bei 6.5 oder höher (Skala von 1 bis 10). Aus Sicht der Befragten ist die Digitalisierung der Trend mit der höchsten Re-

levanz (Mittelwert 8.2). Hier sind sich die Befragten zudem weitgehend einig. Neben der Digitalisierung werden insbesondere die Demografie, die Regulierungsdichte sowie das Verhältnis Schweiz-EU insgesamt als besonders relevante Trends eingestuft. Bei den Trends Standortwettbewerb, Klimawandel und Regulierungsdichte unterscheiden sich die Einschätzungen der Befragten zur Relevanz am stärksten (Standardabweichung > 2).

Veränderung der Situation im Kanton Zürich gegenüber heute

Die Expertinnen und Experten sind der Ansicht, dass die Digitalisierung die Situation im Kanton Zürich gegenüber heute am stärksten verändern wird. Auch die zunehmende Regulierungsdichte sowie die demografische Wandel werden die Situation im Kanton Zürich aus Sicht der Befragten stark verändern. Die Expertinnen und Experten schätzen die Veränderung der Situation im Kanton Zürich gegenüber heute hingegen bei mehreren Trends unterschiedlich ein. Dies trifft insbesondere auf die vier Trends Geopolitik, Verhältnis Schweiz-EU, Standortwettbewerb und Klimawandel zu, wo die Antworten eine breite Streuung aufweisen. Zudem fällt auf, dass zwischen der Einschätzung zur Relevanz und zur Veränderung eine Korrelation besteht: Die als besonders relevant eingeschätzten Trends führen auch zu den stärksten Veränderungen der Situation im Kanton Zürich.

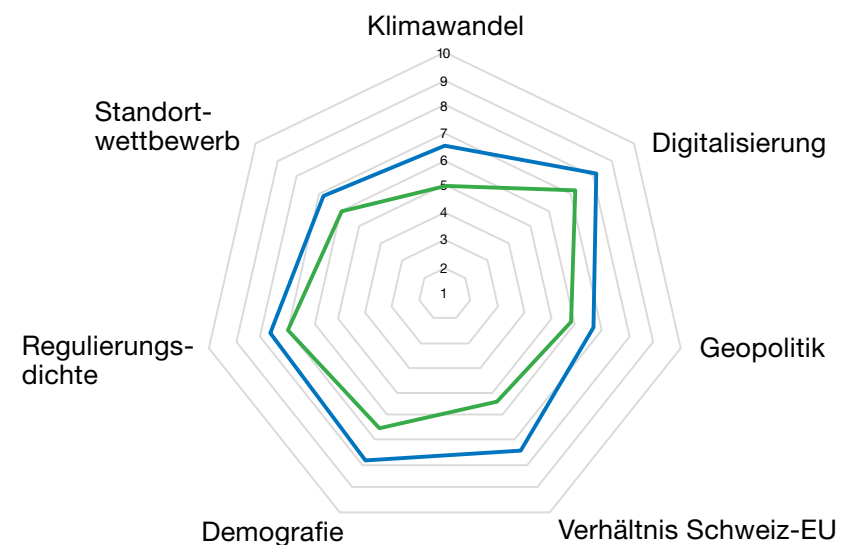
Unsicherheit der Trends

Die Befragten schätzen die Geopolitik als Trend mit der grössten Unsicherheit ein. Im Workshop wird begründet, dass man damit wenig Erfahrung habe. Demgegenüber werden die Demografie und die Regulierungsdichte mit einer relativ tiefen Unsicherheit bewertet (3.4 und 3.9). Die Ansichten der Expertinnen und Experten gehen aber bei der Demografie weit auseinander. Im Workshop wurde diskutiert, dass ein möglicher Grund dafür ist,

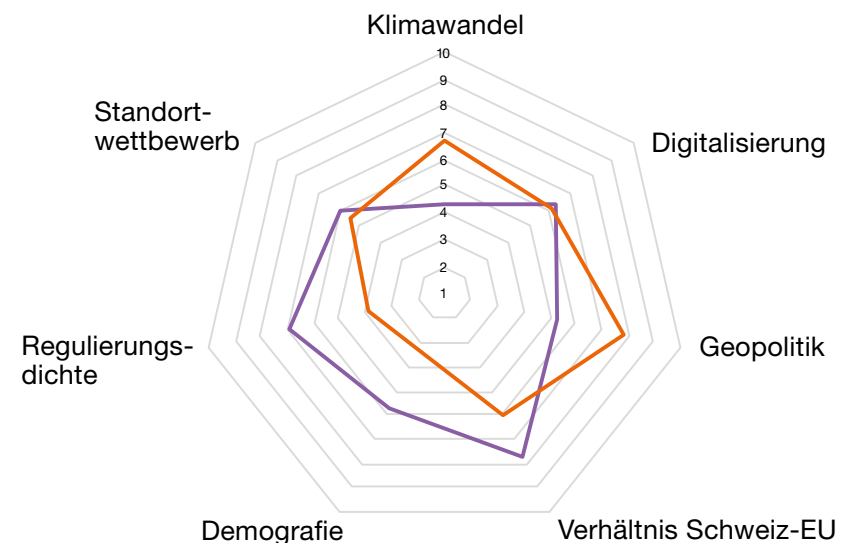
Abbildung 3:

Bewertung der sieben Trends durch die Expertinnen und Experten

Skala: 1 bis 10, durchschnittliche Bewertung



— Relevanz
— Veränderung



— Unsicherheit
— Relative Bedeutung

dass die beiden Trends Alterung und Zuwanderung/Bevölkerungswachstum kombiniert betrachtet wurden. Während die Unsicherheit bei der Alterung der Gesellschaft weitgehend unumstritten tief ausfällt, gehen die Ansichten bei der Zuwanderung auseinander. Während einige Teilnehmende die Zuwanderung als unsicher ansehen, namentlich aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung und möglicher politischer Massnahmen gegen die Zuwanderung sowie des zunehmenden Wettbewerbs um Fachkräfte aufgrund der Alterung in den umliegenden Ländern, nehmen andere die Zuwanderung eher als gegeben an.

Relative Bedeutung der Trends für den Kanton Zürich

Die höchste relative Bedeutung für den Kanton Zürich schreiben die Expertinnen und Experten dem Verhältnis Schweiz-EU zu, gefolgt von der Regulierungsdichte und der Digitalisierung. Bezüglich der Regulierungsdichte wurde im Workshop ergänzt, dass diese zwar hoch sei und weiter zunehme, der Trend jedoch im Vergleich zu europäischen Konkurrenzstandorten weniger stark ausgeprägt sei. Der Klimawandel wird von den Expertinnen und Experten mit der tiefsten relativen Bedeutung für den Kanton Zürich bewertet. Im Workshop wurde angemerkt, dass dies möglicherweise darauf zurückzuführen sei, dass der Kanton Zürich diesbezüglich bereits gut unterwegs sei, es ein globales Problem sei und alle gleich beschäftige und der Kanton Zürich tendenziell eher in einer besseren Lage sei. Auch bezüglich Demografie wurde im Workshop auf die tendenziell bessere Lage der Schweiz und des Kantons Zürich hingewiesen. Die Zuwanderung werde aufgrund der Standortattraktivität weniger schnell abnehmen als in anderen Ländern.

Weitere relevante Trends

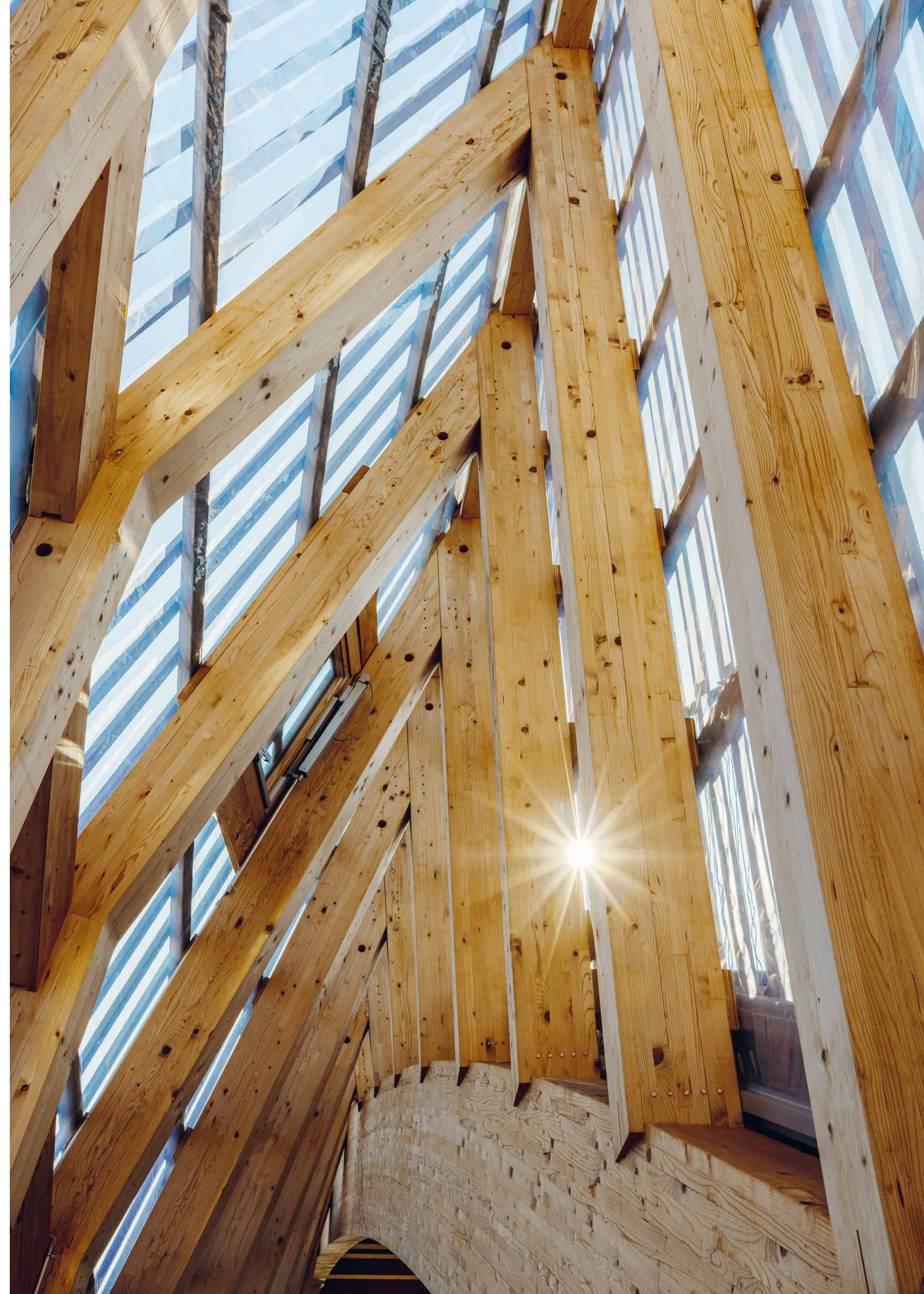
Neben den sieben bewerteten Trends wurden in der Online-Befragung und im Workshop auch zusätzliche Trends genannt:

- Zunehmende Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung
- Senkung des Leistungsniveaus im Bildungswesen
- Verstärktes Eingreifen staatlicher Unternehmen in den Wettbewerb
- Gesellschaftliche Trends (Bedürfnis nach Sicherheit, Gesundheit, Freizeit, Reduktion der Arbeitstätigkeit, Verlagerung von privater Selbstverantwortung zu staatlicher Fürsorge)
- Stärkere Bedeutung horizontaler Zusammenarbeit zwischen Kantonen und regionales Verständnis
- Wohnungspolitik (u.a. im Zusammenhang mit Fachkräften)
- Wachsende Einkommensungleichheiten und Drogensituation in der Stadt Zürich
- Schuldenwachstum (im Ausland)
- Gesellschaftliche Polarisierung/Segregation der Gesellschaft

Die Diskussion zeigte jedoch, dass diese Trends einerseits teilweise Elemente der sieben hier untersuchten Trends bilden und andererseits die Wirtschaft und Standortattraktivität des Kantons Zürich nur zum Teil oder indirekt betreffen. Von den zusätzlichen Trends wurden keine in die weitere Analyse aufgenommen; der Fokus für die vertiefte Diskussion und die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen beschränkte sich auf eine Auswahl aus den sieben ursprünglichen Trends.

Abbildung 4:

Übersicht der vier am höchsten bewerteten Trends pro Kriterium



Folgen

Folgen der Trends und mögliche Handlungsoptionen



Wie in Kapitel 2 gezeigt stufen die Expertinnen und Experten die Digitalisierung, Demografie, Regulierungsdichte und das Verhältnis Schweiz-EU als am relevantesten ein. Daher wurden die Folgen dieser vier Trends sowie mögliche Handlungsfelder im Workshop mit den Expertinnen und Experten intensiv diskutiert. Im nachfolgenden Kapitel werden Folgen der Trends für die Zürcher Wirtschaft basierend auf den Inputs in der Online-Befragung und der Diskussion im Workshop dargestellt und die möglichen Handlungsoptionen aus Sicht der Expertinnen und Experten herausgearbeitet und gewichtet.

3.1.

Die Digitalisierung geht weiter.

Folgen des Trends

Vorrangig werden im Workshop zwei Bereiche genannt, in welchen der Trend zur weiteren Digitalisierung die Wirtschaft des Kantons Zürich verändern wird: Einerseits bezüglich des Arbeitsmarkts und insbesondere der Kompetenzanforderungen an die Erwerbstätigen. Andererseits verändert die Digitalisierung die Produktions- und Arbeitsprozesse, was sich insbesondere durch erhöhte (Arbeits-)Produktivität und veränderte Geschäftsmodelle ausdrückt. Die Digitalisierung impliziert aus Sicht der Expertinnen und Experten einen Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt. So entstehen neue Berufsbilder und bestehende Berufsbilder werden transformiert. Es besteht zudem die Gefahr einer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland u.a. aufgrund der geringeren Standortabhängigkeit durch virtuelles Arbeiten. Es besteht jedoch auch ein Potenzial, Wertschöpfung und Arbeitsplätze wieder zurück in die Schweiz zu holen, insbesondere wenn die Digitalisierung durch Effizienz- und Produktivitätsgewinne die Bedeutung der höheren Arbeitskosten reduziert.

Die Digitalisierung verändert aus Sicht der Expertinnen und Experten zudem die Kompetenzanforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Es werden zunehmend digitale Kompetenzen nachgefragt, entsprechend wichtig sind laufende Weiterbildungen. Bildungsinstitutionen sind gefordert, mit der Digitalisierung mitzuhalten. Ein Experte ergänzt, dass bisher die Ansicht war, dass mit der Digitalisierung vor allem die Mittelschicht verliert und es zu einer tendenziell wachsenden Ungleichheit kommt. Mit den aktuellen Entwicklungen im Bereich KI wird nun diskutiert, dass diese Entwicklung die gesamte Bevölkerung gleich betreffen könnte.

Im Produktions- und Arbeitsprozess macht sich die Digitalisierung gemäss den Expertinnen und Experten mit einem Anstieg der Produktivität bemerkbar. Es kommt zu Effizienzsteigerungen

und veränderten Geschäftsmodellen, insbesondere auch mit neuen KI-Lösungen. Es sind aber verschiedene Digitalisierungs-Gaps ersichtlich: Einerseits ist die Wirtschaft in der Digitalisierung deutlich weiter fortgeschritten als die Verwaltung. Andererseits gibt es auch innerhalb der Wirtschaft grosse Unterschiede. So sind KMU aufgrund mangelnder Ressourcen und Know-how oft deutlich weniger fortgeschritten als Grossunternehmen.

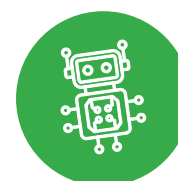
Eine weitere diskutierte Folge der Digitalisierung stellt die steigende Gefahr von Cyberkriminalität dar, denen die Unternehmen ausgesetzt sind und die entsprechende Investitionen fordert. Zudem gibt es immer mehr internationale Monopole (wie z.B. Google), die eine starke Marktstellung haben («The winner takes it all»).

Der Trend begünstigt aus Sicht der Expertinnen und Experten den Kanton Zürich, da er als Innovationsstandort (Standort grosser ICT-Unternehmen, der ETH und einer innovativen Start-up-Szene) sowie als Standort mit guten Ausbildungsmöglichkeiten im IT-Bereich (insbesondere ETH) eine starke Stellung aufweist, um vom Trend zu profitieren. Er ist in einer guten Position, um Talente und Unternehmen anzuziehen. Zudem verliert der Standortnachteil hoher Personalkosten aufgrund der Produktivitätssteigerungen an Relevanz. Demgegenüber ist der Kanton Zürich aber als Innovationsstandort gegenüber diesem Trend auch stärker exponiert («Klumpenrisiko»), da die Gefahr besteht, überholt zu werden. Einige Expertinnen und Experten betonen, dass die Unternehmen nicht ausschliesslich aufgrund der Stellung des Kantons Zürich als Innovationsstandort, sondern auch aufgrund der guten Lebensqualität für die Mitarbeitenden, der Rechtssicherheit und der vorhandenen Infrastruktur im Kanton Zürich angesiedelt sind. Diese Standortvorteile werden in Zukunft noch wichtiger, sodass es letztlich auf einen guten Mix an Standortqualitäten ankommt und nicht nur auf einzelne Elemente.

Handlungsoptionen

Im Workshop schlugen die Expertinnen und Experten verschiedene Handlungsoptionen vor. Die meistgenannten Handlungsoptionen sind in Tabelle 1 aufgeführt. Jene mit der höchsten Priorität aus Sicht der Teilnehmenden umfassen Massnahmen für die Bereitschaft zur Digitalisierung, vorrangig im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt, sowie für das Ermöglichen von Digitalisierung anhand geeigneter Regulierung und der Digitalisierung der Verwaltung. Massnahmen im Bereich Bildung werden daher als zentral angesehen, weil sie einerseits als Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Digitalisierung absolut notwendig sind und andererseits da die Einflussmöglichkeiten des Staats, insbesondere auch des Kantons, hier erheblich sind.

Die Handlungsoptionen in der Bildung zielen auf die Weiterentwicklung der nötigen Kompetenzen auf alle Ebenen des Bildungssystems, von einer frühen Förderung bis zur Weiterbildung. Eine wesentliche Bedeutung wird zudem dem Erhalt einer hohen Anpassungsfähigkeit des Kantons Zürich beigemessen, was sich im Bildungswesen mit der Kompetenzvermittlung, aber auch in Technologie-neutralität und im Erhalt eines offenen, flexiblen Arbeitsmarkts als Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Strukturwandel zeigt. Hierzu gehört auch, die Digitalisierung in der Verwaltung aktiv voranzutreiben. Nur so kann die Verwaltung als relevantes Gegenüber für die Wirtschaft agieren, um gemeinsam die Effizienzpotenziale der Digitalisierung zu realisieren.



Hohe Priorität

- Berufsbegleitende Bildung stärken
- Arbeitsmarkt flexibel halten, damit Arbeitnehmende zwischen Branchen leicht wechseln können
- Technologieneutralität insbesondere bei der Regulierung gewährleisten (z.B. kein separates KI-Gesetz, sondern bestehende rechtliche Rahmenbedingungen anpassen)
- Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben
- Frühe Kompetenzförderung

Mittlere Priorität

- Chance des Trends erkennen und Bevölkerung «mitnehmen», d.h., Akzeptanz steigern, Adaption gewährleisten und Dialog führen

Tiefe Priorität

- Wert des Themas und der dazugehörenden Akteure erkennen und vermitteln (Trend als Chance)
- Einsatz für «offene Märkte» bzw. Wichtigkeit dieser betonen (da Kleinheit des Markts hier kein Nachteil ist, wenn man einen komparativen Vorteil in dem Gebiet hat, kann man ihn nur nutzen, wenn der Weltmarkt offen ist)
- Rahmenbedingungen für einen KI-Cluster fördern
- Erarbeitung einer Vision und Positionierung durch den Kanton Zürich (Digitalisierungsvision)

Einteilung in die drei Kategorien hohe, mittlere und tiefe Priorität gemäss Bewertung mit Punkten am Ende des Workshops durch die Expertinnen und Experten. Skala: tiefe Priorität (1–3 Punkte), mittlere Priorität (4–6 Punkte), hohe Priorität (mehr als 6 Punkte). Weitere genannte Handlungsoptionen ohne Punkte werden im Anhang aufgelistet.

Tabelle 1: Digitalisierung – Handlungsoptionen in drei Kategorien

Tabelle: INFRAS. Quelle: Workshop mit den Expertinnen und Experten vom 23. August 2024.

3.2.

Bevölkerungswachstum und Alterung halten an.

Folgen des Trends

Grundsätzlich ist aus Sicht mehrerer Expertinnen und Experten festzuhalten, dass das Bevölkerungswachstum und die Alterung zwei verschiedene Trends mit unterschiedlichen Folgen sind, jedoch stark zusammenhängen.

Als Folgen des Bevölkerungswachstums werden im Workshop vor allem Themen rund um das gesellschaftliche Zusammenleben aufgebracht. Einerseits benötigen mehr Personen mehr Platz, was zu zunehmenden Nutzungskonflikten und Flächenkonkurrenz führt. Im Bereich Wohnen werden besondere Herausforderungen gesehen. Andererseits wird darauf hingewiesen, dass die Geschwindigkeit des Bevölkerungswachstums zu einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft führt und dass die Kritik am Bevölkerungswachstum und der Zuwanderung zunimmt.

Die Folgen der Alterung sind gemäss den Expertinnen und Experten vielfältig und betreffen u.a. die Nachfrage und den Arbeitsmarkt. Durch die älter werdende Bevölkerung erhöht sich der Bedarf nach Pflegedienstleistungen. Dabei handelt es sich um arbeitsintensive Tätigkeiten, sodass die Gesundheits- und Pflegekosten zunehmen. Gleichzeitig werden dadurch Innovationschancen im Markt für medizinische Dienstleistungen und «healthy ageing» gesehen.

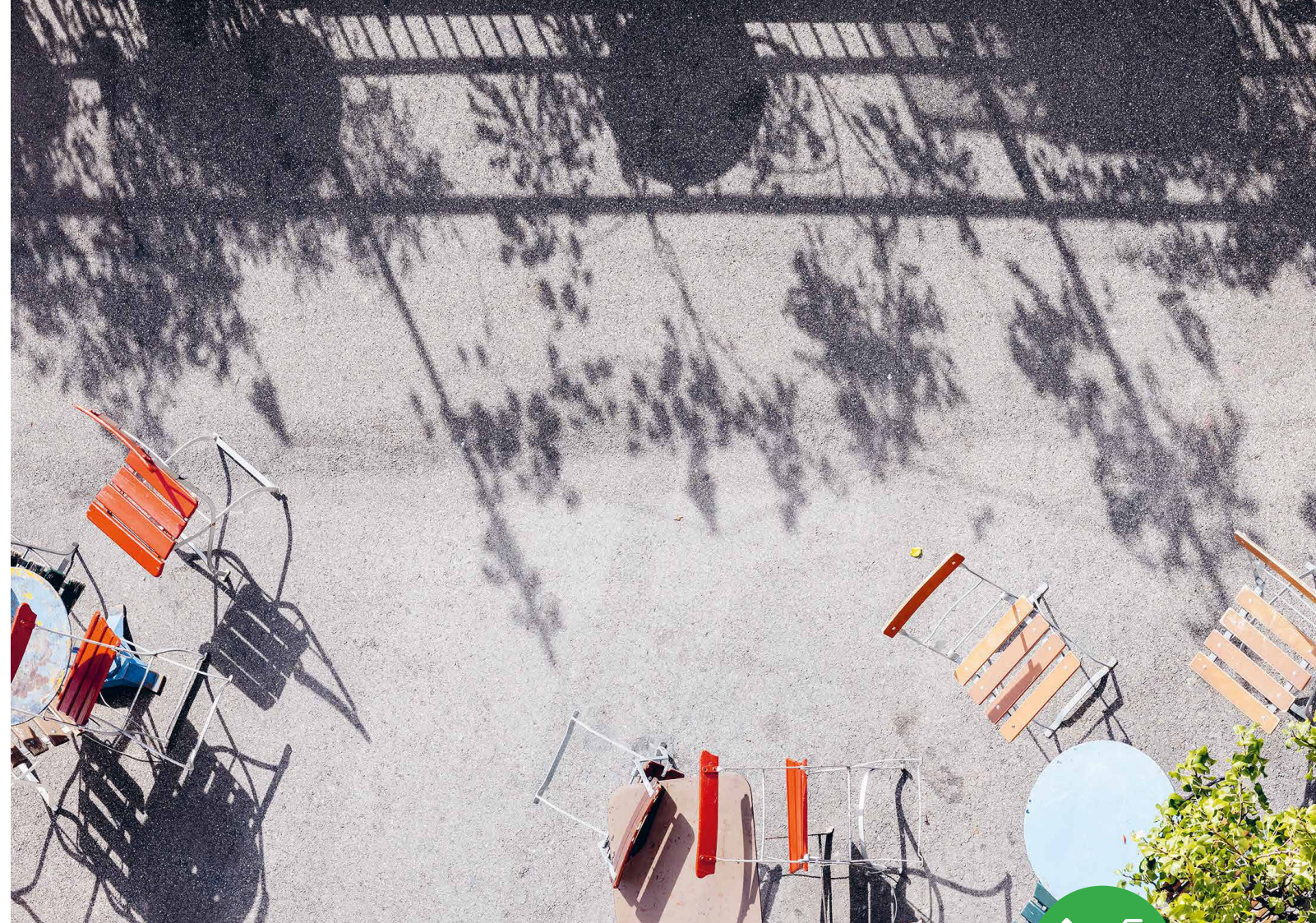
Eine weitere zentrale Folge der Alterung der Bevölkerung ist gemäss den Expertinnen und Experten der steigende Fachkräfte- und generelle Arbeitskräftemangel. Verstärkt wird dieser längerfristig noch durch die aktuell sinkende Geburtenrate. Allerdings wurde dies auch teilweise hinterfragt bzw. zumindest als nur bereichsspezifisch angesehen. Der Wettbewerb um Fachkräfte mit dem Ausland steigt, wobei die hohe Lebensqualität (u.a. auch Sicherheit) im Kanton Zürich ein wichtiger Vorteil darstellt. Es findet eine Verschiebung vom Kampf

um Unternehmen zum Kampf um Talente und generell Arbeitskräfte statt. Dabei wird festgehalten, dass der Kanton Zürich gerade aufgrund seiner hohen Lebensqualität in einer guten Position ist. Weiter wird festgehalten, dass der Druck auf die Automatisierung zum Ersatz arbeitsintensiver Tätigkeiten (u.a. Pflege-Dienstleistungen) steigt, um den Arbeitskräftemangel zu entschärfen. Dies könnte für den Kanton Zürich eine Chance als «Technologie-Hub» bieten.

Gesamtwirtschaftlich hat die Alterung gemäss Einschätzung der Expertinnen und Experten tendenziell einen negativen Einfluss auf Innovation und Produktivität sowie daraus folgend auf das Wirtschaftswachstum. Weiter werden Auswirkungen auf die Sozialversicherungen sowie notwendige Anpassungen in der Infrastruktur (u.a. Bildung, Verkehr, Gesundheit) angesprochen.

Handlungsoptionen

Die Expertinnen und Experten schlugen verschiedene Handlungsoptionen vor, um dem Bevölkerungswachstum und/oder der Alterung zu begegnen (vgl. Tabelle 2). Die höchste Priorität aus Sicht der Teilnehmenden haben Massnahmen zur Abfederung des demografischen Wandels wie die bessere Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials oder die Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit. Massnahmen zur besseren Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials umfassen u.a. steuerliche Anreize (u.a. auf nationaler Ebene) und zielen vorrangig darauf, Frauen und ältere Personen im Erwerbsleben zu halten oder wieder zu integrieren. Bei der Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit geht es vorrangig darum, dass die Zeitabschnitte (Ausbildung, Erwerbsleben, Ruhestand) weniger fix sein sollten, sondern flexiblere Lösungen gefragt sind.



Hohe Priorität

- Flexibilisierung Lebensarbeitszeit (mehr Flexibilität beim Rentenalter)
- Inländerarbeitskräftepotenzial besser nutzen (Erwerbsarbeit attraktiver machen u.a. durch Individualbesteuerung, Steueranreize)

Mittlere Priorität

- Zuwanderungssteuer zur Internalisierung externer Kosten
- Weniger Regulierung von Drittstaaten (als Arbeitskräftepotenzial)
- Lebensqualität als Standortfaktor hochhalten (alle Standortfaktoren im Blick haben)
- Zuwanderung als Massnahme gegen demografischen Wandel
- Raumplanung (Umgang mit zunehmenden Nutzungskonflikten/Flächenbedarf, hindernisfreie Stadt aufgrund Alterung)

Tiefe Priorität

- Kanton Zürich als Tech-Hub: Digitalisierungs-/Automatisierungsstrategie

Einteilung in die drei Kategorien hohe, mittlere und tiefe Priorität gemäss Bewertung mit Punkten am Ende des Workshops durch die Expertinnen und Experten. Skala: tiefe Priorität (1–3 Punkte), mittlere Priorität (4–6 Punkte), hohe Priorität (mehr als 6 Punkte). Weitere genannte Handlungsoptionen ohne Punkte werden im Anhang aufgelistet.

Tabelle 2: Demografie – Handlungsoptionen in drei Kategorien

Tabelle: INFRAS. Quelle: Workshop mit den Expertinnen und Experten vom 23. August 2024.

3.3.

Die Regulierungsdichte nimmt zu.

Folgen des Trends

Die Folgen dieses Trends für die Zürcher Wirtschaft sind schwierig zu diskutieren, da der Trend sehr allgemein ist. Angespochen wird ausserdem, dass dieser Trend sich von den anderen Trends unterscheidet. Dies einerseits dahingehend, dass er nicht eine von aussen gegebene Entwicklung darstellt, sondern zumindest in gewissem Masse durch politische Entscheide beeinflusst werden kann. Andererseits verfolgt Regulierung immer ein Regulierungsziel, welches den Auswirkungen des Trends der zunehmenden Regulierungsdichte gegenübergestellt werden muss.

Aus Sicht der Expertinnen und Experten besteht nicht unbedingt ein linearer Zusammenhang: Weniger Regulierung ist nicht immer besser und mehr Regulierung nicht immer schlechter, sondern es gibt eine «optimale» Regulierungsdichte. Neben «mehr» und «weniger» ist vor allem «Smart Regulation» ein wichtiges Thema. Damit ist gemeint, die Regulierung so zu gestalten, dass sie die gewünschten Ziele bei minimalen (unerwünschten) Nebenwirkungen erreicht. Es braucht einen gesamtheitlichen Blick auf die Regulierung, über das eigentlich Regulierungsziel hinaus auf sämtliche Auswirkungen.

Vorteile von Regulierung sehen die Expertinnen und Experten vorwiegend in zwei Aspekten: Einerseits sorgt Regulierung für «Berechenbarkeit» und stellt somit mit dem Faktor Rechts- und Planungssicherheit einen wichtigen Standortfaktor dar. Andererseits sorgt Regulierung für gleich lange Spiesse (im Inland; bei harmonisierter Regulierung aber auch gegenüber dem Ausland).

Weiter ist zwischen Regulierung und deren Umsetzung zu unterscheiden. Auch eine im Grundsatz «gute» Regulierung kann sich mit einer «schlechten» Umsetzung nachteilig auswirken (Umsetzungsbürokratie).

Als Gründe für die zunehmende Regulierung werden von den Expertinnen und Experten die Art der Schweizer Demokratie, die Trends in Richtung Vorsorgegesellschaft und die abnehmende Risikobereitschaft sowie die grundlegende Bereitschaft zur Übernahme ausländischer Regulierung genannt.

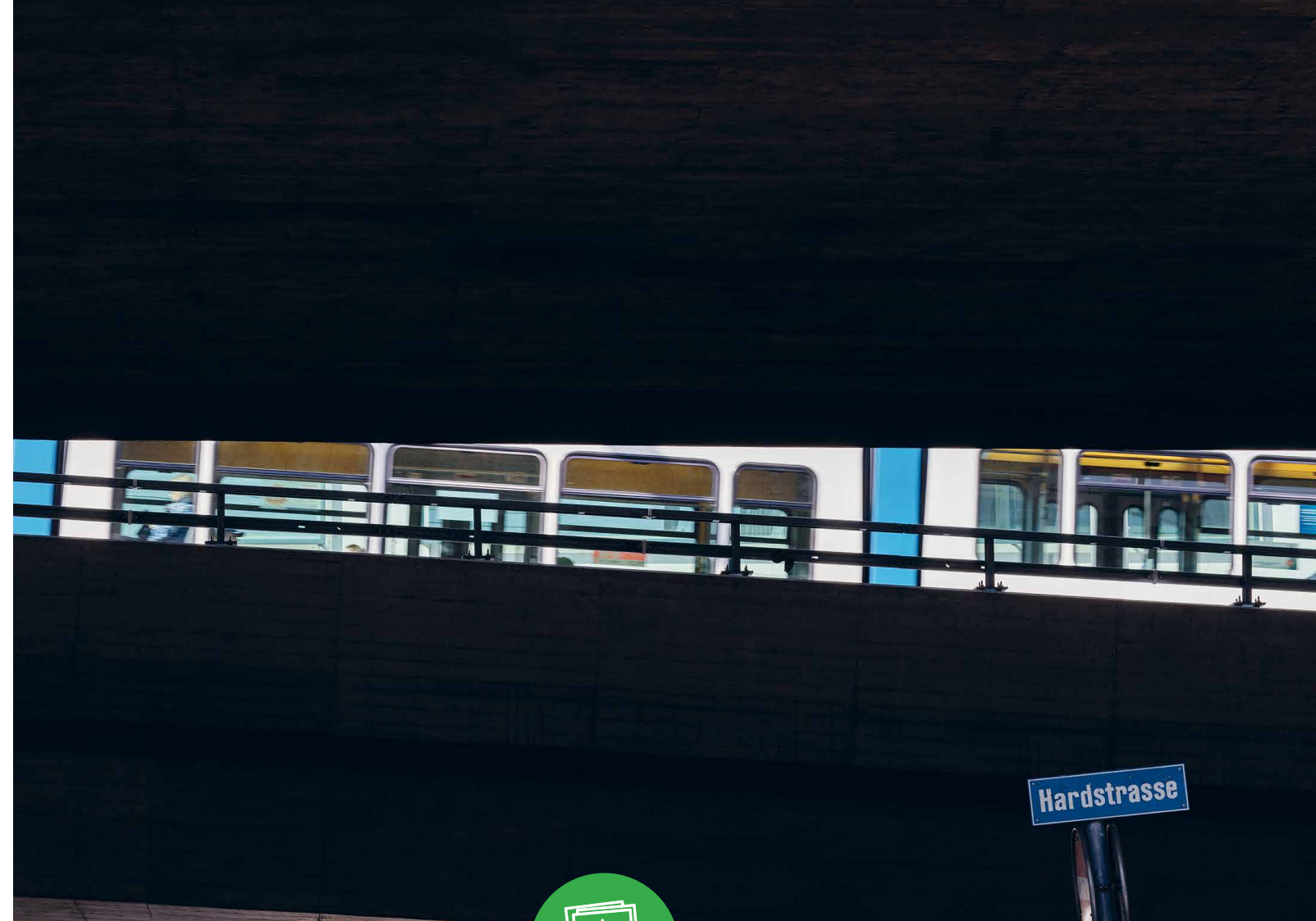
In Bezug auf den Schweizer Föderalismus lässt sich aus der Diskussion festhalten, dass dieser zu Regulierungswettbewerb und vielen verschiedenen Lösungen führt. Dies kann positiv sein, weil

die Regulierung so auf individuelle Bedürfnisse eingehen kann und ein Entdeckungsverfahren für optimale Regulierung entsteht. Es kann aber auch nachteilig sein, beispielsweise wenn sich Regulierungen in unterschiedlichen Jurisdiktionen widersprechen oder wegen des Aufwands, verschiedene Regulierungen zu pflegen (durch Regulierende und durch Regulierte). Deshalb kann in einigen Fällen eine Regulierung auf übergeordneter Ebene von Vorteil sein (Vereinheitlichung der Regulierung, Öffnung von Märkten).

Insgesamt ergeben sich aus der zunehmenden Regulierungsdichte aus Sicht der Expertinnen und Experten verschiedene Konsequenzen für die Zürcher Wirtschaft. Einerseits entstehen mehr administrativer Aufwand und dadurch Kosten für die Unternehmen. In der Folge schränkt dies die Marktdynamik und den Wettbewerb ein. Zudem werden die Innovationskraft und die Produktivität gehemmt sowie in der Tendenz eine verstärkte Marktkonzentration gefördert. Andererseits stellt die Regulierung gemäss Einschätzung einzelner Expertinnen und Experten im internationalen Wettbewerb zumindest innerhalb Europas einen Standortvorteil dar, da die Regulierungsdichte zwar zunimmt, sie jedoch immer noch geringer ist als anderswo in Europa (und zudem langsamer zunimmt).

Handlungsoptionen

Die Expertinnen und Experten schlugen verschiedene Handlungsoptionen vor (vgl. Tabelle 3). Grundsätzlich unterscheidet sich der Handlungsbedarf im Kanton Zürich nicht von den anderen Staatsebenen. Die Diskussion zeigte, dass die Regulierungsdichte eine Herausforderung darstellt, jedoch Regulierung auch notwendig ist. Die prioritären Handlungsoptionen fokussieren daher vorrangig auf «smarte» Regulierung sowie eine ganzheitliche Betrachtung von Regulierung: Aus Sicht der Teilnehmenden wird insbesondere der Wert von Regulierungsfolgeabschätzungen betont sowie der stärkere Einbezug von Unternehmen in die Regulierungsentwicklung, um Regulierungen möglichst optimal auszugestalten.



Hohe Priorität

- Regulierungsfolgeabschätzungen (RFA) als wichtiges und wertvolles Instrument
- sollten ex ante und ex post angewendet werden
- sollten durch eine unabhängige Stelle erfolgen (ähnlich wie z.B. Finanzkontrolle oder Wettbewerbskommission)
- Stärkung der Sensibilisierung der Behörden für die Folgen von Regulierung (durch RFA, aber auch auf anderem Weg)
- Unternehmen stärker in die Regulierungsentwicklung einbeziehen / Praxiseinbezug stärken

Mittlere Priorität

- Regulierungen mit einer zeitlichen Beschränkung versehen
- «Lösch-Woche» für das Parlament: eine Woche, in der nur darüber diskutiert wird, welche Regulierung aufgehoben werden könnte
- Bei internationalen Regulierungen nur mit den Mindestanforderungen übernehmen, kein «Swiss Finish» (Verschärfung/Anreicherung der Regulierung durch die Schweiz)

Tiefe Priorität

- Interdisziplinarität der Verwaltung stärken
- Bewusstsein für Vorteile des politischen Systems der Schweiz stärken (langsame politische Prozesse = bessere Prozesse = bessere Regulierung, mehr Planungssicherheit)

Einteilung in die drei Kategorien hohe, mittlere und tiefe Priorität gemäss Bewertung mit Punkten am Ende des Workshops durch die Expertinnen und Experten. Skala: tiefe Priorität (1–3 Punkte), mittlere Priorität (4–6 Punkte), hohe Priorität (mehr als 6 Punkte). Weitere genannte Handlungsoptionen ohne Punkte werden im Anhang aufgelistet.

Tabelle 3: Regulierungsdichte – Handlungsoptionen in drei Kategorien

Tabelle: INFRAS. Quelle: Workshop mit den Expertinnen und Experten vom 23. August 2024.

3.4.

Verhältnis Schweiz-EU bleibt mit Unsicherheiten belastet.

Folgen des Trends

Die anhaltende Unsicherheit im Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU hat aus Sicht der Expertinnen und Experten weitreichende Konsequenzen. Insgesamt führt die Unsicherheit zu einem Verlust der Standortattraktivität des Kantons Zürich (und generell der Schweiz), es werden aber auch neue Chancen genannt.

Die Expertinnen und Experten nennen vielfältige Konsequenzen des unregulierten Verhältnisses Schweiz-EU. Einerseits könnte die ungeklärte Situation Einschränkungen bei der Personenfreizügigkeit zur Folge haben, was den Fachkräftemangel in der Schweiz verstärken würde. Weiter ist auch das Stromabkommen und damit die sichere Energieversorgung gefährdet. Zudem behindert das unregulierte Verhältnis den Zugang zur EU als Hauptabsatzmarkt. Im Verkehr könnte die Situation zu einer schlechteren Erreichbarkeit der Schweiz und des Kantons Zürich führen. Letztlich ist auch die Teilnahme der Schweiz an EU-Forschungsprogrammen gefährdet. Ein anhaltender Ausschluss aus EU-Forschungsprogrammen würde den Kanton Zürich als Innovationsstandort schwächen. Eine mögliche Konsequenz wäre, dass der Kanton Zürich bei den Innovationen eher zu den Followern als zu den Leadern gehören könnte.

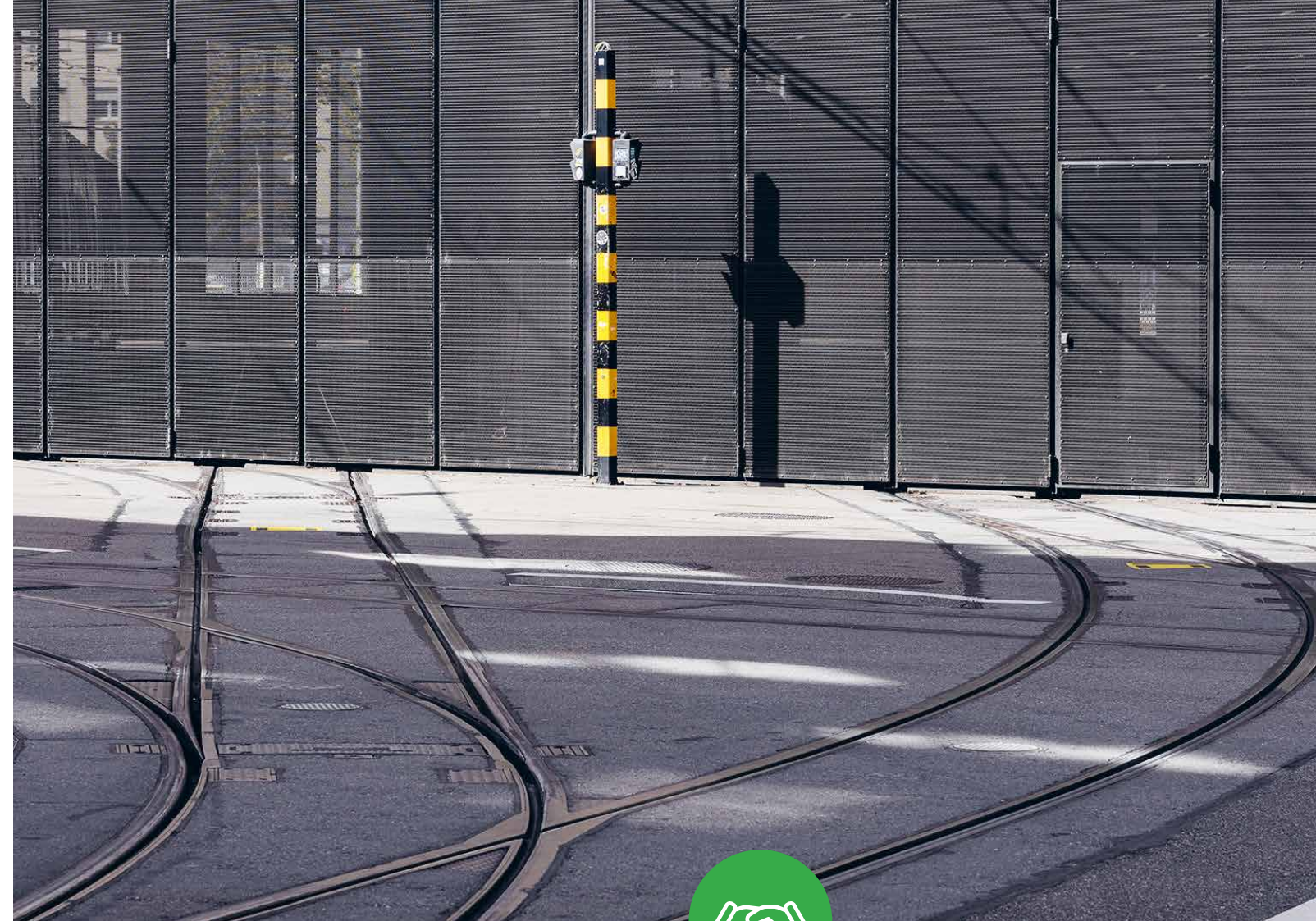
Die ungelöste Situation und Unsicherheit führen aus Sicht der Expertinnen und Experten weiter dazu, dass das Vertrauen in den Standort sinkt und der Standort Kanton Zürich generell für ausländische Unternehmen weniger attraktiv ist. Die Unsicherheit wirkt sich somit negativ auf die Standortattraktivität aus, und eine bisherige Qualität des Standorts, seine zentrale Lage in Europa, droht aufgrund des unregulierten Verhältnisses mit den umliegenden Ländern an Bedeutung zu verlieren. Als Folge könnten die Investitionen im Kanton Zürich sinken. Auch Arbeitsplätze könnten zunehmend aus dem Kanton Zürich in die EU verlagert werden oder gar nicht erst in die Schweiz kommen.

Bleibt das Verhältnis mit der EU weiterhin ungeklärt, besteht aus Sicht der Expertinnen und Experten auf nationaler Ebene zudem die Gefahr, dass der politische Einfluss der Schweiz schwindet. Die Schweiz könnte zusehends politische Verbündete verlieren.

Trotz der Herausforderungen eröffnet die ungeklärte Situation aus Sicht einiger Expertinnen und Experten auch neue Gelegenheiten. Mehrere sind der Ansicht, dass die EU für die Schweiz an Bedeutung verlieren wird. Die Schweiz könnte sich als neutraler Ort ausserhalb der grossen Wirtschaftsbündnisse positionieren und damit insbesondere für asiatische Unternehmen attraktiver werden. Zudem gewinnt der virtuelle Raum im Vergleich zum physischen Raum mit der fortschreitenden Digitalisierung immer mehr an Relevanz, wodurch die Bedeutung politischer und geografischer Wirtschaftsräume abnehmen könnte.

Handlungsoptionen

Die Expertinnen und Experten schlugen verschiedene Handlungsoptionen vor (vgl. Tabelle 4). Prioritär aus Sicht der Teilnehmenden sind einerseits der Einsatz für den Abschluss des Abkommens Bilaterale III, andererseits wird die Stärkung der Standortattraktivität durch die Förderung der weichen Standortfaktoren unabhängig vom Ergebnis der Verhandlungen als wichtig angesehen.



Hohe Priorität

- Sich für den Abschluss des Abkommens Bilaterale III einsetzen
- Weiche Standortfaktoren fördern (wie Lebensqualität, Bürokratie, Image oder Anzahl und Qualität von Hochschulen und Forschungseinrichtungen)

Mittlere Priorität

- Vision entwickeln und kommunizieren, wofür der Standort Zürich steht, was ihn auszeichnet und von anderen Standorten abhebt
- Kurze Wege zur Zürcher Verwaltung wieder herstellen und als USP nutzen
- Arbeitskräftekontingente für Drittstaaten erhöhen
- Lösungen finden im Umgang mit der Migration und deren Auswirkungen
- Freihandelsabkommen (mit Drittstaaten) vorantreiben

Tiefe Priorität

- Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung erhöhen
- Interessenvertretung vor Ort in Brüssel verstärken, insbesondere durch Wirtschaftsverbände
- Aus Schweizer Sicht die EU in der Kommunikation nicht als Sündenbock darstellen

Einteilung in die drei Kategorien hohe, mittlere und tiefe Priorität gemäss Bewertung mit Punkten am Ende des Workshops durch die Expertinnen und Experten. Skala: tiefe Priorität (1–3 Punkte), mittlere Priorität (4–6 Punkte), hohe Priorität (mehr als 6 Punkte). Weitere genannte Handlungsoptionen ohne Punkte werden im Anhang aufgelistet.

Tabelle 4: Verhältnis Schweiz-EU – Handlungsoptionen in drei Kategorien

Tabelle: INFRAS. Quelle: Workshop mit den Expertinnen und Experten vom 23. August 2024.

Literatur- verzeichnis

AMOS 2023: Arbeit 4.0 The Future of Work, Zürich.

BAK Economics 2024: Regionaldaten für den Kanton Zürich (nicht öffentlich).

BCG 2023: Resetting the Course – BCG Global Wealth Report 2023, Juni 2023.

Benzie M., J. Hedlund und H. Carlsen 2016: Introducing the Transnational Climate Impacts Index, Indicators of country-level exposure – methodology report. SEI Working Paper No. 2016-07. Stockholm Environment Institute, Stockholm.

Buchmann M. 2024: Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Schweizer Arbeitsmarkt, WWZinsights Nr.1, Universität Basel, Basel.

Credit Suisse 2023: Geopolitische Spannungen als Herausforderung für Schweizer Unternehmen, KMU-Studie 2023, Februar 2023.

EBP 2023: Anpassung an den Klimawandel: Strategien und Massnahmen von Schweizer Unternehmen, Zürich.

EDA 2024: Schweiz-EU in Zahlen, Statistiken zu Handel, Bevölkerung und Verkehr, August 2024, Bern.

Föllmi R., T. Schmidt und P. Jäger 2019: Demografischer Wandel und dessen Auswirkungen auf die Produktivität und das Wirtschaftswachstum». Grundlagen für die Wirtschaftspolitik, Nr. 1, Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO, Bern.

Finma 2021: Risiken aus dem Klimawandel, <https://www.finma.ch/de/dokumentation/dossier/dossier-sustainable-finance/risiken-aus-dem-klimawandel/>, zuletzt aufgerufen am 08.08.2024.

GTAI 2024: Exportwachstum wird die Konjunktur beleben, Wirtschaftsausblick Schweiz, Artikel vom 28.06.2024 von Oliver Döhne, Bonn, <https://www.gtai.de/de/trade/schweiz-wirtschaft/wirtschaftsausblick>, zuletzt aufgerufen am 22.10.2024.

Hauser L. M., C.H. Schlag und A. Wolf 2020: Demographic change in Switzerland: Impacts on economic growth in an Overlapping Generations Model (No. 191). HWWI Research Paper.

Hu Q., X. Lei und B. Zhao 2020: Demographic changes and economic growth: impact and mechanisms, China Economic Journal, 14(3), 223-242.

IMD 2024: The IMD World Digital Competitiveness Ranking, <https://worldcompetitiveness.imd.org/rankings/digital>, zuletzt aufgerufen am 30.09.2024.

INFRAS 2022: Legislaturplanung 2023-2027, Bericht Umfeldentwicklungen, interner Bericht zuhanden der Staatskanzlei Kanton Zürich, Zürich.

INFRAS, Universität Graz, Europa-Universität Viadrina und Atlas Environment Law Advisory 2020: Folgen des globalen Klimawandels für Deutschland, Abschlussbericht: Analysen und Politikempfehlungen, im Auftrag des UBA, Climate Change 15/2020.

Kanton Zürich 2024a: Die Standortattraktivität des Kantons Zürich im Vergleich – 2024, Die Standortattraktivität des Kantons Zürich im Vergleich | Kanton Zürich (zh.ch), zuletzt aufgerufen am 03.10.2024.

Kanton Zürich 2024b: Langfristige Klimastrategie, Langfristige Klimastrategie | Kanton Zürich (zh.ch), zuletzt aufgerufen am 10.09.2024.

Kanton Zürich 2024c: Cluster-Daten ICT, <https://www.zh.ch/de/wirtschaft-arbeit/zuercher-wirtschaftszahlen/cluster-daten/ict.html>, zuletzt aufgerufen am 28.10.2024.

Kanton Zürich 2024e: Fehlende Arbeitskräfte: Szenarien und Implikationen für die Wirtschaft, Wirtschaftsmonitoring Dezember 2024, Zürich.

Kanton Zürich 2023: Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Kanton Zürich – Szenario Trend ZH 2023, statistik.info 2023/06, Statistisches Amt, Zürich.

KPMG 2024: Globale Mindeststeuer: Kantone mit unterschiedlichen Strategien, Medienmitteilung vom 22. Mai 2024, Medienmitteilung: Globale Mindeststeuer: Kantone mit unterschiedlichen Strategien (kpmg.com), zuletzt aufgerufen am 03.10.2024.

Kruse M., Nitt-Driesselmann, D. und J. Wedemeier 2022: Megatrends und Strukturwandel – welche Regionen werden profitieren?, Wirtschaftsdienst, 2022, 102(5) 392-396.

Lüchinger S. und M. Schelker 2015: Kantone regulieren unterschiedlich, Die Volkswirtschaft 10/2015, Bern.

McKinsey & Company 2022: The net-zero transition: What it would cost, what it could bring. Januar 2022.

MeteoSchweiz 2024: Klimawandel, <https://www.meteoschweiz.admin.ch/klima/klimawandel.html>, zuletzt aufgerufen am 08.08.2024.

Milic T. und T. Widmer 2021: Zürcher Politik- & Evaluationsstudien Nr. 22, Oktober 2021.

MSCI 2023: Nearshoring, Friendshoring and Reshoring: Heads Up to Equity Allocators, 13. September 2023, <https://www.msci.com/www/blog-posts/nearshoring-friendshoring-and/04065519030>, zuletzt aufgerufen am 08.08.2024.

ROR 2019: Megatrends und Raumentwicklung Schweiz, Bern.

SECO 2023: Bürokratiemonitor 2022, LINK im Auftrag des SECO, Februar 2023.

SECO 2022: Services Trade Cockpit, Mitteilung vom 21.12.2022, https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/handel_mit_dienstleistungen/services_trade_cockpit.html (Abgerufen 08.11.2024).

SECO 2019: Entwicklung der Arbeitsproduktivität 2008-2018, Arbeitspapier Grundlagen für die Wirtschaftspolitik, Nr. 5, Dezember 2019, Bern.

Swiss Economics 2019: Bedeutung des Klimawandels für die Infrastrukturen in der Schweiz – Stand der Literatur, 11. Oktober 2019.

swissVR, Deloitte und HSLU 2022: Geopolitische Entwicklungen – Herausforderung und Chance zugleich, swissVR Monitor 2022, August 2022.

VBW 2024: Re-Code Bayern, erstellt von IW Consult GmbH, April 2024.

WEF 2020: The Global Competitiveness Report – How Countries are Performing on the Road to Recovery, Special Edition 2020.

Zukunftsinstitut 2024: Die Megatrend-Map, <https://www.zukunftsinstitut.de/zukunftsthemen/die-megatrend-map>, zuletzt aufgerufen am 07.11.2024.

Anhang

Methodik

Die Trendanalyse wurde in mehreren Schritten durchgeführt:

1. Konzeption: Auslegeordnung möglicher Trends, Auswahl der sieben relevanten Trends durch AWI/INFRAS, Festlegung von Kriterien zur Bewertung der Trends (Juni 2024)
2. Online-Befragung mit den Expertinnen und Experten zu den sieben Trends (im August 2024)
3. Aufbereitung Ergebnisse aus Online-Befragung und Literaturanalyse als Vorbereitung für den Workshop mit den Expertinnen und Experten
4. Workshop mit den Expertinnen und Experten am 23. August 2024
5. Verfassung des Berichts

Adressaten	Die Umfrage wurde an 14 Expertinnen und Experten versendet.
Rekrutierung, Laufzeit, Reminder	Pretest: interner Pretest INFRAS Rekrutierung: via Mail, kein Reminder Laufzeit der Befragung: 31.7.2024–13.8.2024
Hotline	Bei Fragen und Problemen mit dem Fragebogen konnten sich die Teilnehmenden an der Online-Befragung per Mail an INFRAS wenden.
Rücklauf	Es haben 12 Personen an der Befragung teilgenommen.

Tabelle 5: Übersicht Online-Befragung

Quelle: INFRAS.

Organisation	Name
INFRAS	Thomas von Stokar (Moderation) Martin Eichler (Moderation) Romina Weber (Protokoll)
Volkswirtschaftsdirektion Kanton Zürich	Fabian Streiff Markus Müller Luc Zobrist Valérie Müller (Moderation) Isabell Metzler (Moderation)
Swissmem	Jean-Philippe Kohl
Greater Zurich Area	Sonja Wollkopf
Zürcher Bankenverband	Christian Bretscher
KOF	Jan-Egbert Sturm
Kanton Zürich	Wilhelm Natrup
Avenir Suisse	Lukas Schmid
GDI	Karin Frick
Staatskanzlei Kanton Zürich	Anna-Marleen Plume
Zürcher Handelskammern	Claudio Zihlman
ETH	Katarina Bertschi
ZHAW	Dario Fauceglia
Deloitte	Michael Grampp
SECO	Ronald Indergand

Tabelle 6: Teilnehmende Workshop vom 23. August 2024

Quelle: INFRAS.

Bewertung der Trends im Detail

	Klimawandel	Digitalisierung	Geopolitik	Verhältnis Schweiz-EU	Demografie	Regulierungsdichte	Standortwettbewerb
Relevanz	6.5 (2.2)	8.2 (1.3)	6.7 (1.8)	7.5 (1.7)	7.9 (1.7)	7.7 (2.1)	6.8 (2.3)
Veränderung	5.0 (2.3)	7.2 (1.7)	5.8 (2.6)	5.5 (2.6)	6.6 (1.8)	7.0 (1.6)	5.9 (2.4)
Unsicherheit	6.7 (2.5)	6.1 (1.7)	7.8 (2.0)	6.0 (1.7)	3.4 (2.7)	3.9 (2.1)	5.5 (1.7)
Relative Bedeutung	4.3 (1.8)	6.3 (1.9)	5.3 (2.2)	7.7 (2.1)	5.7 (2.6)	6.9 (2.2)	5.9 (2.9)

Tabelle 7: Bewertung der sieben Trends durch die Expertinnen und Experten

Skala: 1 bis 10, Mittelwert, Standardabweichung in Klammern

Quelle: INFRAS, Online-Befragung mit den Expertinnen und Experten, August 2024, n=12

Weitere Handlungsoptionen

Die im Workshop mit den Expertinnen und Experten vorgebrachten Handlungsoptionen sind in den Tabellen 1–4 aufgeführt. Im Workshop wurden auch einzelne Vorschläge unterbreitet, welche in der Bewertungsrunde von keinem der Teilnehmenden priorisiert wurden. Diese werden nachfolgend pro Trend aufgelistet.

Digitalisierung

- Stärkere Investitionen in digitale Infrastruktur (eigene Investitionen oder Ermöglichen privater Investitionen)
- Berufsbildung durch unterschiedliche Niveaus stärken, sodass es zu keinem Bildungsniveau-Knick (generell tieferes Niveau) kommt
- Einbinden von Unternehmen / der Wirtschaft in den Bildungssektor

Demografie

- Umgang mit steigenden Pflegekosten (Frage nach Lösungen wie z.B. Pflegeversicherung)

Regulierungsdichte

- Schlüsselpunkte für die Notwendigkeit von Regulierung erkennen und darauf fokussieren (Beispiel E-ID als eine Key-Regulierung für die Verbreitung des Nutzens der Digitalisierung)
- Nutzung der Opportunitäten im internationalen Regulierungsumfeld
- Dynamische Rechtsübernahme⁸
- Arbitrage Regulation⁹
- Verstärkt Policy Sandboxes nutzen
- «Smart Regulation»: die Regulierung so gestalten, dass sie maximale Zielerreichung bei minimalen Nebenwirkungen hat. Gegebenenfalls die hohen Ansprüche relativieren und jeweils die Kosten beachten
- International die Kommunikation verstärken, dass die Schweiz bezüglich Regulierungsdichte noch vergleichsweise gut dasteht (zumindest innerhalb Europas)

Verhältnis Schweiz-EU

- Digitale Anschlussfähigkeit herstellen (Ausbau digitaler Dienstleistungen und Produkte auf internationalen Märkten)

⁸ Die «Dynamische Rechtsübernahme» ist ursprünglich ein Begriff der Bilateralen III. Es geht darum, dass die Schweiz neues EU-Recht dynamisch und quasi automatisch übernehmen würde. Die hier vorgeschlagene Massnahme ist jedoch dahingehend zu verstehen, dass eine bewusste «dynamische» Übernahme internationaler Regulierung durch die Schweiz Geschwindigkeits-, Effizienz- und Kompatibilitätsvorteile für die Schweiz bringen könnte. Hiermit ist keine automatische Übernahme gemeint, und damit auch keine Aufgabe souveräner Entscheidungen, sondern die Ausnutzung entsprechender Opportunitäten.

⁹ Unterschiede in der Regulierung können Anreize für Unternehmen setzen, gewisse Aktivitäten an gewissen Orten anzusiedeln. Solche Anreize können in der Regulierungsentwicklung auch bewusst gesetzt werden.

